



Ressort: Politik

## **Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63 05.06.2026**

Deutschland, 05.06.2026 [ENA]

Wir kennen ja inzwischen die fast täglichen neuen Vorschläge von Regierungsmitgliedern, wo wie wann die Bürger drangsaliert werden sollen, indem Kosten erhöht werden, mehr Arbeitsleistung ohne Bezahlung gefordert wird aber Leistungen an Bürger gekürzt werden.

Da hat sich die Bertelsmann Stiftung mit Hauptsitz in Gütersloh gedacht, da geht noch mehr. Am 3. Juni diesen Jahres, also vor wenigen Tagen, wurde eine Studie veröffentlicht, die sich mit dem Thema beschäftigt, den potentiellen Rentnern ihre abschlagsfreie Rente mit 63, wenn sie 45 Jahre gearbeitet und in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, wegzunehmen. Weil die Regierung mit der Maßnahme rund 9.5 Milliarden Euro im Jahr einsparen könnte. Das hat mich auf den Plan gerufen, dem Projektleiter mal eine passende Email zu senden. Der heutige Bericht besteht also hauptsächlich auf dem original Inhalt der Email, die das Thema beleuchtet. Geht los.

Guten Tag Herr Schleiter, ich habe heute durch Zufall von Ihrer Studie erfahren und konnte nicht umhin, darauf zu reagieren. Sie sind ja ein hochgebildeter Mann mit vielen praktischen Erfahrungen. Desto mehr wundert mich der Inhalt Ihrer Studie. Denn dann müßten Sie zugeben, das der Staat kein Einnahmeproblem hat, sondern ein Ausgabeproblem. Das ist seit vielen Jahren so und seit der Merz Regierung dramatisch angestiegen. Was wollen Sie denn mit den popeligen rund 10 Milliarden Euro, wenn in einem Monat 90 Milliarden Euro an die Ukraine überwiesen werden. Sie wissen doch ganz genau, das sind Symbolrechnungen ohne Wert, die bringen rein gar nichts.

Das einzige, was Ihnen, anderen Wirtschaftsinstituten und natürlich den Politikern noch einfällt, ist, den Bürgern auf der einen Seite Gelder wegzunehmen, zu streichen, auf der anderen Seite mehr Leistung zu fordern, auch wenn Jahrzehnte gerade diese Dinge aus versch. Gründen gelockert worden sind. Beispiel gefällig ? Warum wurde denn die Arbeitszeit auf 40 Stunden reduziert und später nochmals auf 37.5 Stunden Regelarbeitszeit ? Warum wurden denn Jahrzehnte die maximale Regelarbeitszeit auf 8 Stunden / Tag festgesetzt ? Doch nicht weil es allen zu gut geht, sondern weil eben Studien wie ihre belegt haben, das es gesundheitlich bedenklich wird, regelmäßig darüber hinaus zu gehen.

Wer heute einen 13 Stunden Tag fordert, hat wahrscheinlich selber noch nie als Arbeitnehmer gearbeitet und etwas geleistet, das sind Luftforderungen, oder was glauben Sie, wie lange ein Arbeitnehmer das mitmacht ? Und was ist dann der nächste Schritt ? Der Zuschlag am Abend wird abgeschafft, weil es ja

---

### **Redaktioneller Programmdienst: European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

### **Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service .....

Regelarbeitszeit ist. Und wenn dann in einer Abteilung einer krank wird und der Mitarbeiter schon 3 Tage 13 Stunden geschafft hat soll er bis zum Wochenende so weiterarbeiten. Familie soll gefördert werden, wir brauchen mehr Kinder, der demografische Wandel, bla bla bla, aber dann die familienfeindlichsten Arbeitszeiten seit Kriegsende fordern.

Und ich sag es nochmal damit Sie es endlich begreifen: Der Staat nimmt soviel Geld ein wie nie. Aber erfindet immer neue Möglichkeiten, Geld in aller Herren Länder zu verteilen ohne Rückzahlung, ohne Gegenleistung. Zahlen 4.5 Milliarden Euro in den UN Sicherheitsrat ein, zweithöchste Summe, warum eigentlich ? Um dann keinen Sitz zu bekommen. Jetzt darf der deutsche Staat selbst illegalen Migranten keine sozialen Gelder mehr kürzen, lt. Gerichtsurteil EuGH. DAS SIND FAKTEN. Jahrzehnte werden illegale Migranten über NGOs hier reingekarrt und kommen über grüne Grenzen, keiner kümmert sich darum, jetzt, wo die Probleme nicht mehr zu vertuschen sind, jammern alle rum, klamme Kassen. Und dann kommen solche Ideen wie Sie die haben.

Klar, für mich ist offensichtlich, was der Staat vorhat: Die Bürger sollen 13 Stunden am Tag möglichst 50 Stunden die Woche für den gleichen Lohn arbeiten, bis 70 arbeiten, so an die 50 Jahre, um dann eine Rente zu bekommen die lt. Merz nur noch eine Basis ist und private Zusatzleistung benötigt. Und am besten mit 72 in die Kiste fallen, damit der Staat noch ordentlich Gewinn macht und seine unkontrollierten Ausgaben weiterhin bezahlen kann. Und Sie glauben noch, dafür finden sich freiwillig Arbeitnehmer ? Dann weiterträumen, kann ich nur sagen. Herzlichen Glückwunsch.

Es gibt so ein schönes wichtiges Buch von Vera Birkenbihl, die leider viel zu früh gestorben ist, das ich fast jeden Bundespolitiker inzwischen empfehlen kann: Stroh im Kopf ? Vom Gehirn - Besitzer zum Gehirn - Benutzer. Mit freundlichen Grüßen. Ende der Email. Aber ich hätte da noch ein paar Ergänzungen zu machen. Warum wird eigentlich zum Beispiel nicht die dauerhafte Besoldung bei Beamten im Krankheitsfall nicht die der Arbeitnehmer angepasst, die nach 6 Wochen in Krankengeld fallen. Wie ist das bei Beamten ? Im Krankheitsfall unbegrenzte Fortzahlung der Besoldung, da für sie keine Begrenzung auf sechs Wochen wie in der freien Wirtschaft existiert. Sie erhalten auch kein Krankengeld.

Sondern ihre Bezüge werden vom Dienstherrn weitergezahlt, bis sie wieder gesund sind oder eine dauerhafte Dienstunfähigkeit festgestellt wird. Und das ist nur ein Punkt von vielen, die sich von der Regelung von Arbeitnehmern unterscheiden. Aber die haben starke Lobbyisten und die Regierung zeigt sich einfach zu feige, da mal ranzugehen. Deshalb wird es auch keine Beamteneinzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung geben, was angeblich Frau Bas vorschlägt. Und zum Thema 9.5 Milliarden im Jahr sage ich auch noch Klartext: 9.5 Milliarden Euro hier, durch die Abschaffung des Bürgergeldes sollten ja mal 20 Milliarden, dann 10, 5 usw. gespart werden.

**Redaktioneller Programmdienst:  
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service .....

Inzwischen sind die Märchenstunden durchschaut und es ist bekannt, das für die Grundsicherung eine Milliarde Euro mehr von den Jobcentern gebraucht wird. Dazu kommt womöglich eine Erhöhung der Tabaksteuer, der Einführung der Zuckersteuer, die Mehreinnahmen auf Treibstoffe, denn die staatliche Unterstützung läuft ja aus. Und damit die ledigen wieder mal zur Kasse gebeten werden können, sollen die jetzt 0.4 % mehr in die Pflegekasse einzahlen. Und an die sogenannte Boomergeneration will die Regierung ja auch noch ran. Aber trotzdem: Was glaubt eigentlich hier jemand, wieviel Euro zusammenkommen ? Alles Symbolpolitik ohne nennenswerten Effekt. Klingt aber so toll, rettet alles unsere Sozialsysteme. Genau.

Dann schauen wir mal auf weitere Fakten: Die staatliche Zinslast in Deutschland für das Jahr 2026 beläuft sich auf insgesamt rund 50 Milliarden Euro. Allein auf den Bund entfallen davon etwa 31 Milliarden Euro, während die restlichen Zinskosten auf die Bundesländer knapp 14 Milliarden Euro und Kommunen über 5 Milliarden Euro entfallen. Dazu kommen die jährlichen Migrationskosten aller Art, die inzwischen 50 Milliarden Euro überstiegen haben, dazu kommen die ukrainischen Hilfen, die inzwischen jährlich 100 Milliarden Euro deutlich überschritten haben.

Und da soll Deutschland mit so ein paar billigen Tricks, so nenne ich das, finanziell gerettet und wieder zahlungsfähig gemacht werden ? Für einen Monat oder was ? Hausaufgabe: Rechnen Sie doch mal zusammen, was Deutschland alleine für die Posten Migration, Ukraine, Zinsen bezahlt und wieviel % das inzwischen vom Bruttosozialprodukt ist. Vielleicht fällt Ihnen etwas auf. Ich habe fertig.

Bericht online lesen:

[https://fpac.en-a.eu/politik/abschaffung\\_der\\_abschlagsfreien\\_rente\\_mit\\_63\\_05062026-93840/](https://fpac.en-a.eu/politik/abschaffung_der_abschlagsfreien_rente_mit_63_05062026-93840/)

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Uwe Hildebrandt

**Redaktioneller Programmdienst:  
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16  
D-85055 Ingolstadt  
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660  
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661  
Email: [contact@european-news-agency.com](mailto:contact@european-news-agency.com)  
Internet: [european-news-agency.com](http://european-news-agency.com)

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.